

Betroffener: „Die Kirche muss sich nicht reinigen, sondern ändern“

Thema Missbrauch führt bei Tagung zur „Würzburger Erklärung“ des Familienbunds

Von CHRISTINE JESKE

Der Familienbund der Katholiken verfasste auf seiner Bundesdelegiertenversammlung in Würzburg einen „Würzburger Appell gegen sexuellen Missbrauch“. Darin ruft er die deutschen Bischöfe zum Handeln auf. „Als Familienbund der Katholiken trifft es uns sehr, welche Straftaten unter dem Dach unserer Kirche geschehen konnten und wie lange sie durch undurchsichtige Strukturen in den kirchlichen Verwaltungen vertuscht, verschwiegen und bagatellisiert wurden“, heißt es in dem Appell. „Wir erwarten von den Bischöfen klare Worte, entschiedenes Handeln und vollständige Aufarbeitung sämtlicher Vorwürfe durch unabhängige Kommissionen.“

Familienbund: „Kinder und Eltern stärken“

Weitere Forderungen an die deutschen Bischöfe betreffen die Prävention. Der eingeschlagene Weg solle konsequent weitergegangen und fortentwickelt werden, „damit sexueller Missbrauch aufhört“. Zudem sollen Strukturen beseitigt werden, die Missbrauch begünstigen.

Die rund 70 Delegierten des Familienbundes, der 1953 in Würzburg gegründet wurde und sich als Lobbyist für Familieninteressen in Kirche, Politik und Gesellschaft versteht, wenden sich in ihrer „Würzburger Erklärung“ auch an die Bundes- und die Landesregierungen, „in allen gesellschaftlichen Bereichen die Anstrengungen der Aufarbeitung und der Prävention zu intensivieren“. Die mehrtägige Tagung des Familienbundes stand unter dem Thema „Sexueller Missbrauch in Kirche und Gesellschaft: Kinder und Eltern stärken“.

Als Gäste waren unter anderem Johannes-Wilhelm Rörig, der unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Missbrauchs, sowie Matthias Katsch, Sprecher der Betroffenenvereinigung „Eckiger Tisch“, anwesend. Sich zu Wort gemeldet haben laut Familienbund auch der forensische Psychiater Harald Dreßing (Institut für Seelische Gesundheit in Mannheim), Koordinator der im September

2018 veröffentlichten Missbrauchsstudie, und Holger Dörnemann vom Dezernat Kinder, Jugend und Familie, Leiter der Abteilung Familien und Generationen (Bistum Limburg).

Rörig führte den Angaben zufolge in seinem Vortrag aus, dass in den Bisförmern mit externen Experten besetzte Aufarbeitungskommissionen nötig seien, „die unter anderem die Frage der Anerkennung- beziehungsweise Entschädigungszahlungen an Missbrauchsopfer auf eine individuelle und angemessene Weise neu regele“. Sein Appell an Kirche und Gesellschaft: „Den Kampf gegen sexuelle Gewalt gewinnt niemand allein!“



Johannes-Wilhelm Rörig ist Beauftragter der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs. FOTO: DPA

Der Beauftragte habe in Würzburg auch die Politik aufgerufen, ihre Anstrengungen zu verstärken. Angesichts von statistisch gesehen ein bis zwei betroffenen Kindern in jeder Schulklassse bräuchte es weitaus größere politische Anstrengungen als bisher – etwa eine groß angelegte Sensibilisierungskampagne, Schutzkonzepte und Präventionskurse in allen Schulen „oder auch eine Pflicht zur Meldung und Löschung von Missbrauchsdarstellungen im Internet“, so Rörig in seinem Vortrag.

Matthias Katsch gehört zu den Opfern des Missbrauchs im jesuitischen Canisius-Kolleg in Berlin. Er wandte sich mit anderen Betroffenen an den damaligen Leiter, Pater Klaus Mertes, und trat 2010 maßgeblich mit dazu bei, das Ausmaß an Missbrauch in der katholischen Kirche in Deutschland publik zu machen. Als den Bischöfen im September 2018 bei ihrer Vollversammlung in Fulda von den Forschern die Ergebnisse der von ihnen in Auftrag gegebenen Miss-

brauchsstudie erläutert wurden, war Katsch als Betroffener dazu eingeladen.

Bei seinem jetzigen Besuch bei der Familienbund-Versammlung führte Katsch laut Pressemitteilung aus, dass „eine Kultur der Heimlichkeit in der Kirche“ wesentlich dazu beigetragen habe, dass die Kirche sexuellen Missbrauch er möglicht, begünstigt und gedeckt habe. Seit 2010 habe sich zwar viel getan, aber „die Kirche muss sich nicht reinigen, sondern ändern“. Ein systemisches Risiko sei, „wenn Frauen in einer Männerkultur nicht Priesterinnen werden dürfen“. Für die Opfer fordere er „Wahrheit und Gerechtigkeit“, dazu gehöre eine „angemessene Entschädigung“.

Harald Dreßing hat den Angaben zufolge die Präventionsarbeit der Kirche als gut gelobt, begünstigende Strukturen gebe es aber nach wie vor. Zudem habe er betont: Nicht Homosexualität sei eine Ursache für Missbrauch durch Kleriker, vielmehr eine unreife Sexualität und Persönlichkeit sowie bei manchen auch eine pädophile Neigung. Dies führte er bereits bei früheren Veranstaltungen in Würzburg aus: etwa beim Podiumsgespräch „Sexuelle Gewalt in der katholischen Kirche“. Auch Dreßing forderte eine unabhängige, interdisziplinär besetzte Kommission, an der auch Betroffene beteiligt seien. Zu innerkirchliche Netzwerke zu analysieren. Zudem solle die Kirche die begonnene wissenschaftliche Untersuchung fortsetzen. Entscheidend sei der Schutz der Opfer, die Kirche habe aber bisher eher das System geschützt.

Für Privatdozent Dörnemann ist die katholische Kirche in Sachen Prävention heute zwar weiter als 2010. Das reiche aber nicht. Er forderte laut Familienbund eine „sexuelle Bildung“. Auch Schulen müssten sich des Themas annehmen und das Lernfach Sexualkunde als Verbundunterricht einführen. Zum Lehrsatz der Kirche sagte Dörnemann, dass die Differenz mit der gelebten Wirklichkeit sowie den Humanwissenschaften „himmelschreitend“ sei. Wichtig bezüglich einer wirkungsvollen Präventionsarbeit sei der Gedanke: „Wir können nur schützen, was wir schätzen.“